

Bericht

Fachgebiet 50

Aktenzeichen:

Vorlage Nr.: B/0075/2014

Vorlage für die Sitzung	
Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales 13.11.2014	öffentlich

Beratungsgegenstand: Situationsbericht zur Unterbringung von Asylbewerbern

Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und dem Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW sind die Städte und Gemeinden zur Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und Spätaussiedlern verpflichtet.

Die Stadt Rheinbach unterhält folgende Gemeinschaftsunterkünfte:

Asylbewerber:	Am Getreidespeicher 21 (54 Plätze)
Aussiedler:	Am Getreidespeicher 23 (42 Plätze)
Obdachlose:	Am Getreidespeicher 23 (12 Plätze) Tombergerstraße 58 (3 Wohnungen)

Zum 14.10.2014 sind in diesen Gemeinschaftsunterkünften insgesamt

97	Asylbewerber, geduldete Flüchtlinge und Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis
0	Spätaussiedler
2	Obdachlose

untergebracht. Die Unterbringung einer angekündigten 6-köpfigen Familie im städtischen Übergangsheim ist vorbereitet. Derzeit sind 3 Bewohner zum Auszug aufgefordert, da sie im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis sind und die Unterbringungsverpflichtung damit geendet hat. 8 weitere ausländische Flüchtlinge sind mit Wohnraum versorgt.

Die Aufnahmekapazitäten in den städtischen Übergangsheimen der Stadt Rheinbach für Asylbewerber und Aussiedler sind nahezu erschöpft. Auch bei den Erstaufnahmeeinrichtungen sind die Kapazitäten so gut wie erschöpft. Der Zeitrahmen, in welchem die Weiterleitung asylsuchender Menschen an die Städte und Gemeinden erfolgt, reduziert sich zunehmend.

Es ist jedoch weiterhin mit einem Anstieg asylsuchender Flüchtlinge zu rechnen. Es müssen daher kurzfristig alternative Lösungen zur Unterbringung von Asylbewerber und geduldeten Personen in Rheinbach gefunden werden.

Die Verwaltung bemüht sich derzeit in Zusammenarbeit z.B. mit den Neuen Pfaden, den Kirchenverbänden etc. Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt zu finden, die entweder von den ausländischen Flüchtlingen selbst oder der Stadt Rheinbach angemietet werden können.

Auch eine vorübergehende Lösung über die Anmietung bzw. Kauf von sogenannten mobilen Raumsystemen (Wohnraumcontainer) muss zwischenzeitlich in Betracht gezogen und geprüft werden.

Zur Situation der Flüchtlinge in Rheinbach wird im Weiteren auf die als Anlage beigefügte Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Fragestunde des Rates am 27.10.2014 verwiesen.

Die Verwaltung wird in einer kommenden Sitzung über die weitere Entwicklung berichten.

Rheinbach, den 28.10.2014

Gez.
Peter Feuser
Fachbereichsleiter

Gez.
Barbara Steinfartz
Fachgebietsleiterin

Anlage

Beantwortung der Anfrage zur Situation der Flüchtlinge in Rheinbach in der Fragestunde des Rates am 27.10.2014